Nummer 300 — Halle, Sonnabend, den 28. Oktober 1922 — 57. Jahrgang

Einzelpreis: Sechs Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 120.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 125.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 115.00 monatlich. Die achtspaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Geschäftsteil Mark 8.00, im auswärtigen Verkehr Mark 10.00. Reklamen die Millimeterzeile Mark 25.00 im Geschäftsteil und Mark 40.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Hauptzentrale: Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Halle/Saale". Bank-Rechnung. Bankhaus Reinhold Stechner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Die Hoffnung auf die Repko-Verhandlungen.

Leichtes Schwanken des Dollars — Die Vorbereitungen für die Orientkonferenz — Der Faszistensieg in Italien — Besprechungen der Arbeitsgemeinschaft — Neue Kohlenpreiserhöhungen ab 1. November.

Die neue Devisenordnung.

Die Sozialdemokratie hat bisher so, als ob die vom Wirtschaftsministerium erlassene Devisenordnung ein Musterstück der Gesetzgebung sei. Wenn von demokratischen Wirtschaftssachverständigen die sachlichen Mängel der isolierten Verordnung bloßgelegt wurden, so erweckte die sozialdemokratische Agitation wiederholt den Anschein, als ob die Kritiker der Verordnung nicht auch der unberechtigten Devisenspekulation begegnen wollten. Nunmehr hat selbst der sozialistische Wirtschaftsminister die allerwichtigsten sachlichen Abänderungen vorgeschlagen, die jetzt in neuen Ausführungsbestimmungen sichergestellt werden. Damit sind aber noch keineswegs alle Bedenken gefallen. Es ist allerdings zu begrüßen, daß das Vertragsverhältnis wieder auf einen Rechtsboden gestellt wird. Die jetzt veröffentlichten Abänderungen sind der gemeinschaftlichen Donnerstagbesprechung der Parteiführer unterbreitet worden. Wenn jedoch die Sozialdemokratie behauptet daß die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte den Abänderungen zugestimmt hätten, so muß dazu bemerkt werden, daß von der Arbeitsgemeinschaft lediglich Sachverständige anwesend waren, die die vorgeschlagenen Verbesserungen zwar akzeptiert haben, aber gleichzeitig zum Ausdruck brachten, daß damit noch keineswegs die prinzipiellen Bedenken gegen andere Teile der Devisenordnung überwunden sind.

Im übrigen wird es jetzt sehr darauf ankommen, ob die Interalliierte Rheinlandkommission die Devisenordnung anerkennt. Sollte das nicht der Fall sein, so würde dadurch allerdings eine völlig neue Lage geschaffen werden.

Beratungen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Vertreter der „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft" sind am Freitag vormittag um 11 Uhr im Reichstag zusammengetreten, um den Versuch zu machen, ein genaues wirtschaftliches Programm aufzustellen. Es ist beabsichtigt, bis zum Abschluß dieser Verhandlungen die Aussprache beim Reichskanzler gemeinsam mit den Sozialdemokraten nicht fortzusetzen, sondern erst, wenn die Verhandlungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft zu einem positiven oder negativen Ergebnis geführt haben, wieder mit dem Reichskanzler und den Sozialdemokraten weiter zu beraten. Verschiedene Zeitungen veröffentlichen Berichte über die Verhandlungen der Parteiführer wegen der Devisenordnung mit dem Bemerken, daß die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft mit der Devisenordnung sich einverstanden erklärt hätten. Von maßgebender Seite wird der „Telegraphen-Union" versichert, daß diese Auffassung unrichtig ist. Die Parteien der Arbeitsgemeinschaft haben gegen die vorliegende Devisenordnung grundsätzlich und sachlich Widerspruch erhoben.

*

Berlin, 28. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die in der Sitzung der Parteiführer mit der Reichsregierung am Donnerstag beschlossene Einsetzung einer Unterkommission zur Beratung über die sozialdemokratischen Vorschläge der Mark ist auf Sonnabend einberufen worden. Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingesetzte Verhandlungskommission hat den Fraktionsvorstand auf Montag einberufen. Wenn die Gesamtfraktion nicht sofort einberufen wurde, so geschah dies lediglich mit Rücksicht auf die sächsische Landtagswahlbewegung.

Berlin, 28. Oktober. Gleichzeitig mit der Tagung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fand eine erneute Zusammenkunft der Staatssekretäre statt, um die Vorberatungen für die Besprechungen mit der Reparationskommission fortzusetzen. Staatssekretär Schröder, der bekanntlich schon am 25. Oktober eine Reise nach Bukarest anzutreten beabsichtigte, um mit der rumänischen Regierung über gewisse finanzielle Fragen zu verhandeln, hat wegen der bevorstehenden Reparationsverhandlungen die Reise aufgeben müssen.

Der Wahnsinn der Kohlenforderungen.

Die Unsinnigkeit der Reparationsforderungen nach dem Versailler Vertrag liegt nirgends so offensichtlich zutage, wie bei den verlangten Kohlenlieferungen. Sie sind bekanntlich jetzt so hoch, daß Deutschland, das kohlenreichste Land Europas, jetzt in großen Mengen und für sehr teures Geld englische Kohlen einführen muß, um nur seine Eisenbahnen in Gang halten zu können. Und dabei sucht man verzweifelt nach Wegen zur Stabilisierung der Mark! Mit Recht will die deutsche Regierung in einer neuen Denkschrift die Reparationskommission auf die verhängnisvollen Folgen dieser Kohlenpolitik hinweisen.

Keine Einigung über die Reichsarbeiterlöhne.

Die im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über die geforderte Erhöhung der Reichsarbeiterlöhne sind ergebnislos abgebrochen worden. Während der Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes (freigem.) als Vorsitzender sämtlicher Spitzenorganisationen eine Stundenlohnerhöhung von 50 M. befürwortet hatte, war von Regierungsseite nur folgendes angeboten worden: Auf die Septemberlöhne eine Zulage von 5 M. für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober, weitere 5 M. ab 16. bis 31. Oktober und ab 1. November eine weitere Lohnzulage von 12 M., so daß sich der Stundenlohn im November insgesamt um 22 M. höher stellt als im September. Von den Arbeitnehmern wurde dieses Angebot der Regierung als unzureichend abgelehnt, so daß die Verhandlungen kein Ergebnis hatten.

Besonders in den Kreisen der Eisenbahnarbeiter ist die Unzufriedenheit über die Ablehnung groß. Eine Funktionärversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Hauptgruppe Berlin, faßte eine Entschließung, in der es u. a. heißt: Die Funktionäre verlangen vom Hauptvorstande, daß der Regierung erklärt wird, die Eisenbahner seien nicht gewillt, sich mit Bettelpfennigen abspeisen zu lassen, und verlangen vom Hauptvorstande, der Regierung zu zeigen, daß die Eisenbahner gewillt sind, bei einer weiteren Ablehnung zu schärferen Mitteln zu greifen."

Facias Sturz.

Unmittelbar im Anschluß an den Faszistenkongreß von Neapel ist das Kabinett Facia zurückgetreten. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß der bisherige italienische Premierminister sein Ministerium nicht für hinreichend stark hielt, um dem faszistischen Ansturm standzuhalten. Der gleichzeitige Fall der Lire beweist, daß eine überspannte nationalistische Opposition einem Lande keineswegs zum Vorteil gereicht. Das hat seinerzeit schon Ungarn erfahren müssen. Gleichwohl ist der Faszismus heute in Italien eine Macht, mit der die Regierer rechnen müssen. Auch wenn Facia jetzt sein Kabinett umbilden und womöglich gar einen Faszisten in die Regierung aufnehmen sollte, so wird damit doch der innere Frieden in Italien noch nicht hergestellt. Aber es ist noch keineswegs sicher, daß nun Facia wieder ein Kabinett zustandebringt. Im Hintergrunde stehen Orlando und der greise Giolitti, die beide ihren Frieden mit den Faszisten gemacht haben. Aber auch diese beiden Persönlichkeiten würden einen schweren Stand haben. Das Wesen des Radikalismus ist es, daß er sich ständig selber zu überbieten sucht. Wenn die d'Annunzio und Mussolini ihre aufgeputschten Massen nicht immer mit neuen Verheißungen füttern können, werden sie von noch radikaleren Schreiern abgelöst. Zunächst hat auch der Faszismus die Sozialdemokraten zwar eingeschüchtert, aber jeder allzu scharfe Pendelschlag nach rechts führt früher oder später wieder zu einem Ausschlagen des Pendels nach der extremen linken Seite. Die Sozialisten sind zwar in Italien ziemlich zusammengeschrumpft, dafür aber haben die Kommunisten an Boden gewonnen. Die sozialen Gegensätze haben sich empfindlich verschärft. Daher rührt auch das Sinken der italienischen Valuta. Es kann allerdings noch eine Weile dauern, bis das andere Extrem wieder obenauf kommt. Vorläufig kann man in Italien sowohl wie in England den Ruck nach rechts feststellen.

Faszistenmarsch auf Rom.

Mailand, 28. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Da die Faszisten von Pisa die allgemeine Mobilmachung angeordnet haben und sich zum Marsche auf Rom rüsten, ist die öffentliche Sicherheit in Rom den militärischen Behörden unterstellt worden. In Rom wurden umfassende Maßnahmen getroffen. Auf mehreren Plätzen sind Truppen und Maschinengewehre aufgestellt. Der König von Italien hat alsbald, nachdem ihm die Mitteilung von der Kabinettskrise gemacht worden war, von Pisa aus die Rückreise nach Rom angetreten, wo sofort Besprechungen über die Neubildung des Kabinetts begannen. Der „Messagero" hält Giolitti für den aussichtsreichsten Nachfolger. Man erwartet die Kabinettsbildung durch diesen oder durch Mussolini. In Rom waren heute nacht Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich der Faszisten verbreitet. Der Generalsekretär der Faszisten Bianchi erklärte in Neapel, die Ministerkrise könne nur durch ein Kabinett Mussolini gelöst werden, das dann die Auflösung der Kammer vorschlagen würde.

Paris, 28. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) In Cremona ist es zu Zusammenstößen zwischen Faszisten und Polizei gekommen, wobei vier Faszisten getötet wurden. Die Regierung hat die strengsten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung angeordnet. Man erwartet, daß heute vormittag über Mailand der Belagerungszustand verhängt wird, um sämtlichen Unruhen vorzubeugen.

Amerika und die Orientkonferenz.

Die Lage auf dem Balkan und in Kleinasien.

Amsterdam, 28. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Aus London wird gemeldet: Der Vorschlag Lord Curzons an Poincaré, die Vereinigten Staaten zur Orientkonferenz einzuladen, ist vom Quai d'Orsay genehmigt worden und eine entsprechende Note nach Washington bereits unterwegs.

*

Wien, 28. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Prinz Andreas von Griechenland ist an Bord eines Torpedobootes im Hafen von Piräus angekommen und den Behörden übergeben worden, die ihn in Einzelhaft gesetzt haben. Gestern wurde außerdem der frühere Ministerpräsident Kalogoropulos verhaftet. — Der vom „Corriere della Sera" nach Thrazien entsandte Berichterstatter drahtet, daß das griechische Heer ungeheure Mengen Vieh geraubt habe und mit sich schleppe. Die zurückgebliebene türkische Bevölkerung sei zum Verhungern verurteilt. Zwischen den alliierten Kommissionen und den abziehenden Griechen wäre es fast zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Die Kommission, die das Mitnehmen der Beute verhindern wollte, sei der griechischen Lynchjustiz nur durch die Flucht entgangen. Fünf griechische Divisionen unter General Leonardopulos hätten sich in Karagasch festgesetzt. Man befürchtet einen Handstreich.

Heutiger Stand des Dollars 3900—4100!

Ende der Illusionspolitik?

Nicht nur Deutschland hat seine Sorgen um den unaufhörlichen Sturz der Mark. Auch Frankreich hat sie. Denn auch in Frankreich sieht man natürlich ein, daß die Zahlung der Reparationsverpflichtungen in Barleistungen um so unmöglicher wird, je mehr die deutsche Mark ins Uferlose sinkt, und daß auch die Schleifung, worauf ja auch schon Reichskanzler Dr. Wirth hingewiesen hat, aus demselben Grunde immer mehr in Frage gestellt werden. Zu dieser Sorge um den Marksturz gesellt sich in Frankreich aber noch eine zweite: die Beunruhigung über den neuen Sturz des französischen Franken, von dem jetzt 65 für ein Pfund Sterling und 14,62 für einen Dollar bezahlt werden müssen. Es ist fast amüsant, die französischen Kommentare zu dieser Frankreich aufs höchste beunruhigenden Erscheinung zu lesen. Das eine Blatt führt sie auf die Kammerdebatte über die bedrohliche Finanzlage Frankreichs und den Fehlbetrag der französischen Ernte zurück; das andere hat eine besonders schlaue, echt französische Begründung ausgetüftelt, nämlich, daß England sich bei der Begleichung seiner Zinsrückstände bei den Vereinigten Staaten der indirekten Umwechselung von Pfund in Dollar durch Einführung des französischen Franken auf den amerikanischen Markt bediene, um das englische Pfund zu schonen; einig aber sind sich alle darin, daß eine der Hauptursachen die täglich zunehmende Befürchtung ist, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen werde.

Es ist ein Zeichen der fortschreitenden Erkenntnis in Frankreich, daß man diesen Zusammenhang immer mehr zu begreifen beginnt und einzehen lernt, daß die wirtschaftliche Verflochtenheit der Welt naturnotwendig auch auf dem Gebiete der französischen Wirtschaft und Finanz sich bemerkbar machen muß. Mit anderen Worten, daß der Niedergang der deutschen Mark und des französischen Franken eine Parallelerscheinung ist, die um so häufiger in Erscheinung treten wird, je tiefer die deutsche Mark stürzt und je mehr die seit dem Friedensschluß dem französischen Volke von seinen Staatsmännern vorgegaukelte Täuschung, daß „Deutschland alles bezahlen" werde, der Erkenntnis weicht, daß Deutschland dazu auch beim besten Willen nicht imstande ist. Leider hat sich in der Kammerrede des Finanzministers de Lasteyrie über die französischen Finanzen noch nicht der schwächste Strahl dieser Erkenntnis gezeigt. Statt dem französischen Volke endlich einmal offen und ehrlich zu sagen, wie die Finanzlage des Staates ist, hat er den Fehlbetrag von vier Milliarden Franken im ordentlichen Haushalt zu beschönigen gesucht, neue Steuern mit der Begründung abgelehnt, das französische Volk sei schon zu stark belastet, und nach wie vor mit Drohungen gegen Deutschland operiert. Allein weder eine Finanzkontrolle, noch andere „erforderliche Maßnahmen Frankreichs" können aus Deutschland das Unmögliche herauspressen. Die Warnung, die der Pariser Berichterstatter der Londoner „Times" von „befugter Seite" erhalten hat, daß am Ende des Jahres der Zusammenbruch Deutschlands vollständig sein werde, wenn jetzt nicht ein Wunder geschehe, und Deutschland in finanzieller Hinsicht auf die Stufe Österreichs sinken werde, ist leider nur allzu berechtigt. Nur genügt als Heilmittel für die Wiederherstellung des deutschen Kredits das dort genannte Moratorium bei weitem nicht. Vielmehr gehört dazu in erster Linie die Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen auf das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit und eine auswärtige Anleihe. Leider Gottes will aber die egoistische Interessenpolitik der französischen Schwerindustrie mit ihren wirtschaftsimperialistischen Zielen noch ebenso wenig hören wie die nationalistisch orientierten Mittelgruppen, einschließlich des größten Teils der auf das radikale Programm gewählten Abgeordneten, die in dem Reparationsproblem noch immer eine rein politische, nur mit politischen Mitteln zu lösende Frage sehen. Um so erstaunlicher ist es, daß dieser Tage der Abgeordnete Paul Reynaud, der der „Gruppe der republikanisch-sozialen Aktion" angehört, in der Kammer eine in Deutschland viel zu wenig beachtete Rede halten konnte, die eine vernichtende Verurteilung des Systems Poincares darstellte und die vielleicht doch als Beweis für eine neue Einstellung der französischen Reparationspolitik politik angesehen werden kann. Reynauds schilderte ungeschminkt seine in Deutschland empfangenen Eindrücke, bezeichnete selbst eine Vierzig-Milliarden-Goldmark-Forderung von Deutschland als unsinnig, wenn man nicht sagen könne, wie man sich die Zahlung denke, und kam zu dem Schluß, daß Deutschland weder Barzahlungen noch Sachleistungen ausführen könne. Das einzige Mittel sei eine deutsch-französische Industrieverständigung, eine deutsch-französische Versöhnung auf der Grundlage einer vorherigen Interessengemeinschaft zwischen beiden Staaten.

Nicht minder erstaunlich und hoffnungerweckend aber ist, daß diese Rede auf keiner Seite der Kammer Widerspruch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221028016/fragment/page=0001

fand, wogt aber stürmischen Beifall. Wer Optimist ist, mag diese Tatsache als das Eingeständnis des völligen Zusammenbruchs der bisherigen französischen Reparationspolitik ansehen. Dieser unerschrockene französische Abgeordnete hat indessen in dem französischen Nationalökonomen Gide einen Sekundanten bekommen, der ebenso rückhaltlos die politischen Fehler der Entente aufzeichnete, wie jener die wirtschaftlichen beim rechten Namen genannt hat. Er erklärte, es sei nicht nur ein Fehler gewesen, daß man Deutschland nicht von Anfang an zu den Verhandlungen über die Reparationsverpflichtungen zugelassen habe, sondern ein ebenso großer Fehler, von Deutschland das Schuldgeständnis am Kriegsausbruch nach einem geradezu mittelalterlichen Prozeßverfahren zu erpressen. Eine erzwungene Unterschrift habe doch keinen bindenden Wert. Auch sei der Glaube unsinnig, daß Deutschland selbst seine Währung entwerte. Man muß hoffen, daß diese Aeußerungen auch in Frankreich endlich dem gesunden Menschenverstande zum Siege verhelfen werden. Vielleicht trägt dazu auch die neueste Glasgower Rede des englischen Ministerpräsidenten Bonar Law einiges bei, der erklärt hat, daß es nicht nur unmöglich sei, Deutschland augenblicklich etwas abzunehmen, sondern auch, daß er niemals daran geglaubt habe, daß Deutschland die Gesamtheit der Kriegsschulden bezahlen könne. Wenn man sich auch vor Optimismus sehr hüten muß, so darf man vielleicht doch annehmen, daß diese Worte in Frankreich ernüchternd wirken und die Einsicht auslösen werden, daß Frankreich durch den Sturz Lloyd Georges möglicherweise vom Regen in die Traufe gekommen ist.

„Grotesk".

London, 27. Oktober. Der Leitartikel des „Daily Chronicle" nennt Frankreichs Bestehen auf den schweren Forderungen angesichts Deutschlands Lage einfach groteskt. Nur ein sofortiges völliges längeres Moratorium könne helfen. Statt dessen verlange Frankreich eine Kontrolle, welche eine nationale Sklaverei bedeute. Im Handelsteil der Blätter wird ein Zusammenhang zwischen steiger Franc-Entwertung und Frankreichs Haltung in der Reparationsfrage betont.

Wiederaufrollung der Kriegsschuldfrage in Frankreich.

Paris, 26. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die gestrige Kammersitzung war den Interpellationen gewidmet. Der Abgeordnete Bonnet interpellierte über die Kriegsschuldigen. Er fragte die Regierung nach dem Stande dieser Angelegenheit und forderte, daß ein interalliierter Gerichtshof zusammentrete, um die Kriegsschuldigen in contumaciam zu verurteilen. Dieses Gericht hätte sich auch über die Verantwortlichkeit am Kriege auszusprechen. Dies wäre, so erklärte Bonnet, die beste Antwort auf die Memoiren des Deutschen Kaisers.

Geheime deutsche Kriegsvorbereitungen.

Bewunderungswürdige Kombinationsgabe der „Times".

Berlin, 28. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Das Gespenst der deutschen Revanche erscheint immer wieder. Eigenartigerweise nur zu gewissen, notwendig erscheinenden Augenblicken. Nach einer Drahtmeldung aus London verbreitet die „Times" Enthüllungen, die von einer angeblichen Wettervüstung und Umgehung des Versailler Vertrages von seiten Deutschlands berichten. Hand in Hand mit einigen Zivilbehörden soll das Reichswehrministerium diese Vorbereitungen treffen, die die alte militärische Organisation wiederherstellen sollen. Durch kurzfristige Rekrutenausbildungen und Pensionierungssysteme sollte eine Armeereserve herangebildet werden. Mit diesen schwerwiegenden Anschuldigungen deutscher Unaufrichtigkeit verbindet die „Times" die Warnung, daß von einer Lockerung der alliierten Militärkontrolle nicht die Rede sein könnte. Vielmehr sei eine Verschärfung der Ueberwachung am Platze.

Raucht Zetko Gold

in Qualität unerreichbar!

Asquiths Wahlpolemik.

Annäherung zwischen den Konservativen und Liberalen.

Amsterdam, 28. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Aus London wird gemeldet: Asquith hat gestern in Peterborough die Wahlkampagne der unabhängigen liberalen Partei mit einem Angriff eröffnet, gegen die Unionisten und gegen die neue Lloyd-George-Partei. Er erklärte, die Bonar Lawsche Politik wäre galleriartig. Er, Asquith, könne verstehen, daß sich die Anhänger der Arbeiterpartei von dem Programm Bonar Laws abwendeten.

Paris, 27. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Intransigeant" meldet aus London, daß zum mindesten im stillen ein Wahlbündnis zwischen den Konservativen um Bonar Law und denen, die der Koalition Lloyd George treu geblieben sind, besteht. Die beiden Gruppen werden sich bei den Wahlen nicht bekämpfen. Der neue Ministerpräsident habe diese Abmachungen offiziell anerkannt. Einige Blätter haben bereits Kandidatenlisten veröffentlicht, in denen die Regierungsgruppen auf die Koalitionsgruppen und ebenso mehrere umgekehrt Rücksicht nehmen. Das Programm Bonar Laws stellt einer Mitarbeit der Mehrzahl der bisherigen Koalitionsmitglieder kein Hindernis in den Weg. Die beiden übrigen Parlamentsgruppen, die unabhängigen Liberalen und die Arbeiterpartei, scheinen dagegen zu keinerlei Verständigung gekommen zu sein.

Der Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe beim Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei beruft zum 6. und 7. November 1922 nach Berlin eine Vorstandssitzung ein, die sich besonders der Besprechung des in diesen Tagen zur Ausarbeitung gelangenden neuen Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung widmen soll. Die Aufgabe dieser Vorstandssitzung besteht weiterhin darin, die auf der Eisenacher Tagung des Reichsausschusses eingeleitete Besprechung des Problems der Goldmarkhilfengierung fortzuführen und zu dem Entwurf des Reichsausgleichsgesetzes Stellung zu nehmen.

Verbot der Berliner „Roten Fahne". Das Berliner Polizeipräsidium teilt amtlich mit: Der Polizeipräsident hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik das Erscheinen der „Roten Fahne" auf vierzehn Tage verboten. Gleichzeitig ist die in der Morgennummer angekündigte Massenversammlung der Eisenbahner in den Andreassälen verboten worden. Die „Rote Fahne" brachte heute einen Aufruf an die Eisenbahner, in dem es heißt: „Der Hundsfott General Groener will Euch verhungern lassen."

Keine Landtagsauflösung in Thüringen. In der Sitzung des Landtages wurde der Antrag der Deutschnationalen, der Landbündler, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten auf Auflösung des Landtages in namentlicher Abstimmung mit 29 Stimmen der Antragsteller gegen 28 Stimmen der Linken abgelehnt. Die Kommunisten hatten bereits vorher erklärt, gegen den Antrag zu stimmen, so daß das Schicksal des letzteren schon von vornherein besiegelt war.

Die Arbeitslöhne der Hauptindustrieländer. Das soeben erschienene neunte Stück der Wiederaufbauhefte des „Manchester Guardian" behandelt hauptsächlich die Probleme der europäischen Arbeiterpolitik. Einer der wichtigsten Beiträge ist das vergleichende Studium der Arbeiterlöhne von dem Direktor des statistischen Bureaus im Londoner Arbeitsamt. Es geht daraus hervor, daß der Durchschnittsverdienst, also berechnet nach der Kaufkraft des Landes, in Deutschland 54 Prozent, in Belgien 58 Prozent, in Frankreich 70 Prozent und in Amerika 154 Prozent des in England üblichen beträgt. Merkwürdig sind die Lohnverhältnisse in den verschiedenen Ländern für die ungelernten Arbeiter. Da sind die Ziffern folgende: Deutschland 73 Prozent, Frankreich 69 Prozent, Belgien 60 Prozent und Amerika 76 Prozent des englischen Lohnes. Die angelernten Arbeiter sind also in keinem Lande in so bevorzugter Lage wie in Deutschland.

Tschechische Frechheit. Das tschechoslowakische Konsulat in Chemnitz hatte sich an die Stadt Chemnitz gewandt und bedeten, zwei tschechoslowakischen Beamten Räume in tschechischen Schulen zur Verfügung zu stellen, um dort den Kindern in Chemnitz ansässiger Eltern Unterricht in tschechischer Sprache zu erteilen. Auf Anfrage der Stadtverordnetenversammlung erteilte das Innenministerium folgenden Bescheid: Es sei bekannt, daß in der Tschechoslowakei seit ihrem Bestehen eine überaus große Zahl von deutschen Schulen der Aufhebung durch den Staat verfallen sei und daß dieser Prozeß der Zurückdrängung des deutschen Schulwesens zugunsten der tschechischen Schulen mit aller Kraft fortgesetzt werde. Es sei ebenso bekannt, daß noch heute in Prag keine deutsche Aufschrift, keine deutsche Anzeige an den Ausschlägsäulen erlaubt sei. Das Kultusministerium würde es für unbedeutlich halten, wenn der Stadtrat zu Chemnitz dem tschechischen Konsulat mit einer deutlichen Bejahung eine Zusage auf das Gesuch zugehen ließe. Das hat der Magistrat von Chemnitz denn auch getan! — Die deutsche Antwort ist selbstverständlich das tschechische Gesuch ist eine Frechheit, die nur Deutschland gegenüber gewagt wird.

Selbst der Tod wird unerschwinglich. Man wird in Zukunft in München nur noch sterben können, wenn man ein Scheckbuch hinterläßt, vorausgesetzt, daß man begraben werden will. Die Verbrennungsöfen in München sind in der Klasse, in der sich der gewöhnliche Bürger beerdigen ließ, auf 30 640 Mark festgesetzt. In der ärmsten Klasse beträgt der Tarif 9152 M. Schon die nächste, die 4. Klasse, beträgt 15 357 M., und die beiden ersten Klassen figurieren mit 50 096 und 67 650 M.

Neues vom Tage

Ein lustiger Automobilkrieg.

An der spanisch-französischen Grenze ist es zu einem amüsanten Zwischenfall gekommen. Vor längerer Zeit hatte die spanische Regierung das Ueberschreiten der Grenze durch Automobilbusse verboten, doch hatte man sich nicht viel darum gekümmert. Plötzlich jedoch besann sich der spanische Zollinspektor in Irun auf seine Pflicht und ließ einen französischen Autobus halten. Nach langem Hin- und Herreden erklärten die Insassen des Autobus, da der spanische Zollinspektor hartnäckig blieb, daß sie nunmehr den Spieß umdrehen und keine Spanier hereinlassen würden. Die Grenze befindet sich mitten auf einer über den Fluß Irun führenden Brücke, und dort stellten die verärgerten Touristen ihren Autobus quer, so daß der Verkehr vollständig gehemmt war. Es dauerte nicht lange, und auf der spanischen Seite stauten sich Fahrzeuge aller Art an, die gleichfalls die Grenze überschreiten wollten, aber den Weg versperrt fanden. Kutscher und Insassen wurden ungeduldig, und es drohte zu einem Handgemenge zu kommen, bis endlich der spanische Präfekt, der von dem Zwischenfall benachrichtigt worden war, eintraf und aus eigener Machtvollkommenheit die Freigabe der Grenze nach beiden Richtungen anordnete. Inzwischen ist der spanischen Regierung die Aufhebung des Verbotes empfohlen worden.

Schweres Einsturzunglück in Harburg.

Auf dem Fabrikhof der Firma Hugo Stinnes im Sachsengebiet ist in der vergangenen Nacht eine der großen elektrisch betriebenen Verladebrücken eingestürzt, wobei der Kranführer und der Wieger zermalmt wurden.

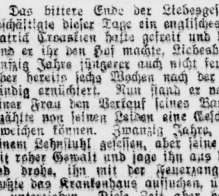
Raubüberfall auf Ausländer. Vor dem Hause Kurfürstendamm 31 in Berlin, an der Ecke der Uhlandstraße, wurde gegen 2 Uhr nachts der Oberst Leonid Reppenstrem aus Moskau mit seiner Begleiterin, einer russischen Dame, von sechs unbekannt gebliebenen Wegelagerern überfallen. Diese hatten es auf den Schmuck der Dame abgesehen; sie raubten ihr, nachdem sie dem Oberst mehrere Kopfverletzungen beigebracht hatten, im Handgemenge die Hälfte eines Brillantarmbandes nebst Ringen im Werte von über einer Million Mark, und rissen ihr auch den Pelzmantel vom Leibe. Ehe die Ueberfallenen Hilfe herbeirufen konnten, waren die Täter verschwunden. Eine von Schutzpolizisten später aufgenommene Verfolgung blieb ergebnislos.

Einsturz eines Kirchturms. Der im Bau befindliche Kirchturm der evangelischen Kirche in Brison stürzte plötzlich zusammen und verwandelte sich in einen Trümmerhaufen. Der Grund und Boden, unter dem sich früher der Wallgraben der Stadtbefestigung befand, hatte die schwere Last des Turmes nicht zu tragen vermocht.

Ein brennender Berg. Aus Eschwege meldet ein Mitarbeiter: Auf der Höhe des sogenannten Königs der hessischen Berge, auf dem sogenannten Meißner, sind gewaltige Felsmassen in Bewegung gekommen und bereiteten auf einen Bergrutsch vor. Dieses Ereignis ist auf ein unterirdisches Feuer in dem Berge zurückzuführen. Schon seit einiger Zeit steigen aus zahlreichen Erdlöchern gelbe Dämpfe auf. Die Bevölkerung der Umgebung hat deshalb jener Stelle des Berges den Namen „das Stinkloch" gegeben. Um keinen Verlust an Holz zu erleiden, hat die Forstverwaltung in dem in Betracht kommenden Gebiete sämtliche Bäume fällen lassen.

Der Erfolg eines Blindenliedes. Ein Stockholmer Philanthrop hat den beiden Künstlern Velar Lahjin und Marion Marx eine Summe von 3000 schwedischen Kronen zur gleichmäßigen Verteilung an schwedische, dänische und österreichische blinde Kinder angewiesen. Die Spende gilt als Dank für den unvergeßlichen Eindruck, den die Kunst der beiden Wiener Künstler, die auf einer nordischen Kunsttournee auch in Stockholm auftraten, auf ihn gemacht hat. Die unmittelbare Veranlassung hat eine von Kai Sinck gedichtete, von Velar Lahjin vertonte und von Marion Marx vorgetragene Chanson, betitelt „Blinde Kinder", gegeben.

CYKLONETTE



seit 20 Jahren bekannt als wirtschaftlichstes Kleinauto. Einfache Bedienung, billiger Betrieb. Verlangen Sie noch heute Angebote „SZ" auf 2-Sitzer, 4-Sitzer oder Lieferwagen von der Cyklon Maschinenfabrik m. b. H., Berlin W 8

Aus Zeit und Leben

„Cap Polonia" in Feuerland.

Der Dreischrauben-Schnelldampfer „Cap Polonia" ist zur Zeit das schnellste und größte Schiff, das die Flagge der wiedererstehenden deutschen Handelsflotte auf dem Weltmeer zeigt. Mit diesem stolzen Ozeanriesen hat die Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft das schönste und zweckmäßigste Schiff im internationalen Wettbewerb um den La Plata Dienst in Fahrt gebracht. Die technische Vollkommenheit dieses Schnelldampfers hat die Bewunderung aller Fachleute gefunden. Auf jeder Reise erwirbt sich „Cap Polonia" neue Freunde. Jede Ankunft in den südamerikanischen Häfen löst ehrliche Begeisterung aus zum Ruhme Deutschlands. Ganz besonders aufrichtig und herzlich gestaltet sich der Empfang immer in Argentinien. Und so ist denn auch in argentinischen Kreisen der Wunsch lebendig geworden, mit diesem prächtigen Dampfer einige Vergnügungsreisen nach Feuerland zu unternehmen. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft hat dieser Bitte gern entsprochen. „Cap Polonia" wird also unter Führung Kapitäns Rosin im Dezember, Januar und Februar drei Vergnügungsreisen nach dem südlichsten Teil des amerikanischen Kontinents ausführen, zu denen bereits fast sämtliche Plätze des Schiffes belegt sind. Die Reise geht von Buenos Aires nach Punta Arenas. Es wird nur Comodoro Rivadavia angelaufen, das berühmt ist durch seine reichen Oelquellen. Es ist gewiß ein großes Ereignis, daß der größte deutsche Passagierdampfer Vergnügungsreisen nach dem kaotisch zerklüfteten Eiland unternimmt. Feuerland, von dem 20 444 qkm zu Argentinien gehören, ist ein Land wilder Gebirgsformationen. Unmittelbar an der Küste erheben sich die Berge bis zu einer Höhe von 2800 m. Riesige Gletscher tragen ihre Eismassen bis unmittelbar ins Meer. Inmitten dichter Wälder der immergrünen Buche und des für unsere Begriffe geradezu märchenhaften Winterrindenbaumes breiten sich weite Teppiche herrlicher exotischer Blütenpracht aus. Feuerland mit seinem üppigen Blumenduft, seinen schwermütigen Felszacken, seinen flimmernden Gletscherfeldern, seinen rauschenden Wäldern und seiner wechselnden Beleuchtung, die aus schwarzen, zerrissenen Wolken farbig über das ganze Panorama hinfliegt, gewährt einen überwältigenden Eindruck. Die wärmste Jahreszeit ist hier der Dezember und Januar. Die fremdartige Flora und Fauna sind von fesselndem Reiz. Die Eingeborenen sind noch ganz in ihren uralten primitiven Gebräuchen befangen. Sie leben in klimmerlichen Reisighütten, decken ihre Blöße mit Fellen und nähren sich von Schalentieren und Fischen. Darwin, den seine Studien lange unter den Feuerländern festhielten, verdanken wir wertvolle wissenschaftliche Aufschlüsse über die ethnographisch so interessante Menschenrasse. Sie sind mutige Bezwinger der Fluten und wagen sich mit ihren schmalen Ruderfahrzeugen aus Baumstämmen oder Rinde weit ins Meer hinaus zum Fischfang oder zur Seehundsjagd. Welche Gefühle mögen solchen Feuerländern beim Anblick der „Cap Polonia" beschleichen! Eine stets wechselnde Reihe unvergleichlich schöner Gebirgsmassen wird sich vor den Reisenden entfalten, welche mit „Cap Polonia" die Fahrt durch die engen fjordähnlichen Kanäle zwischen den auf beiden Seiten aufstrebenden Bergmassen der Inselwelt des Feuerlandes antreten. „Cap Polonia" wird nach der nächsten Ausreise aus Hamburg am 8. November erst wieder Anfang April nächsten Jahres im deutschen Heimathafen eintreffen.

Das Aufgebot Kaiser Wilhelms.

In dem kleinen Kätchen beim Haupteingang des Gemeindehauses von Doorn, in dem die Aufgebote der Heiratsfähigen des holländischen Orts hängen, ist Sonnabend durch den Gemeindeschwächer, der zugleich Gemeindebote ist, die offizielle Bekanntmachung von der beabsichtigten Heirat des ehemaligen Deutschen Kaisers befestigt worden. Sie lautet wie folgt:

Aufgebot:

Der Standesbeamte in der Gemeinde Doorn erklärt, daß heute, Sonnabend, den 21. Oktober 1922, mittags 12 Uhr, durch Befestigung dieser von ihm ausgefertigten Schrift am Gemeindehaus die Bekanntmachung der beabsichtigten Heirat:

Seiner Majestät Wilhelm Friedrich Victor Albert, Kaisers und Königs Wilhelm II., geboren, 59 Jahre alt, ohne Beruf, wohnhaft zu Doorn, Witwer von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Auguste Victoria, Prinzessin zu Schleswig-Holstein, Sohn Seiner Majestät Friedrich Wilhelm Nicolaus Karl, Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Friedrich III. und Ihrer Majestät Victoria Adelaide Mary Louise, Deutschen Kaiserin und Königin von Preußen, geborener Prinzessin von Großbritannien und Irland, beide verstorben, und der Hochfürstlichen Durchlaucht Prinzessin Hermine Reuß — ältere Linie, 51 Jahre alt, ohne Beruf, wohnhaft zu Grünberg (Schlesien), Witwe von Prinz Georg Ludwig Ferdinand August zu Schönaich-Carolath, Tochter Heinrichs XXII., souveränen Fürsten von Reuß, ältere Linie, und Prinzessin Ida zu Schaumburg-Lippe, beide verstorben.

Der Standesbeamte

W. G. Rijkenbeek.

Die Bekanntmachung erfolgte, nachdem am Freitag der Bürgermeister von Doorn Dr. A. Baron Schimmelpenninck van der Oyen das Ehepaar sich mit dem Gemeindesekretär W. H. van Gelder nach Goijaß Doorn begeben und von dem Kaiser seine und der Prinzessin förmliche schriftliche Erklärung über ihre Heiratsabsicht hatte ausfüllen lassen. Der Bürgermeister und der Sekretär wünschen, bevor sie sich mit den Alten entfernten, dem Kaiser nach holländischem Brauch zu seiner beabsichtigten Heirat Glück.

„Als ich ein Junggeselle war . . . ."

Das bittere Ende der Liebesgeschichte eines alten Mannes beschäftigte dieser Tage ein englisches Gericht. Der siebzigjährige Patrik Crosskien hatte geheiratet und hatte seiner Eheren, während er die Frau hat machte, Liebesbriefe geschrieben, wie sie ein fünfzig Jahre jüngerer auch nicht feuriger zumege gebracht hätte. Aber bereits sechs Wochen nach der Hochzeit war er schon vollständig ernüchtert. Nun fand er vor Gericht mit dem Antrag, seiner Frau den Verkauf seines Bauernhofes zu verbieten, und erzählte von seinen Leiden eine Geschichte, die einen Stein hätte erweichen können. Zwanzig Jahre, so berichtete er, habe er in seinem Lehnstuhl gesessen, aber seine Frau verjagte ihn daraus mit roher Gewalt und jage ihn aus dem Hause. Sie pflege ihn und drohe, ihn mit der Feuerzange totzuschlagen. Der Arme mußte das Krankenhaus aufsuchen, um sich ärztlicher Behandlung zu unterziehen. Diese Zeit aber benutzte die liebende Gattin, Vieh und Feldfrüchte zu verkaufen, und sie hatte auch bereits den Hof zum Verkauf angesetzt. Der Richter erließ die von dem geplagten Ehemann gewünschte Anordnung, die den Verkauf untersagte, bemerkte aber dazu, die Frau habe es so eilig gehabt, alles zu Gelde zu machen, daß er beinahe nichts mehr zu verbieten gehabt hätte.

„Sie werden doch wohl erlauben, daß ich mir die Reese nehme." Der Gastwirt Oettinger in Treptow, bei dem schon häufig ein Einbruch verübt worden war, hatte in einer der letzten Nächte, wie die Hausfür aufgeschlossen wurde. Als die Eintretenden auf dem Hofe stehen blieben, war er überzeugt, daß es Diebe waren. Er nahm seinen Revolver, lief hinaus und rief den Männern zu: „Stehen bleiben oder ich schieße!" Die beiden entgegneten, er solle keinen Unsinn machen. Sie marteten nur auf ihre Beute. Dann sagte der eine, während Oettinger mit dem Revolver in der Hand ihnen gegenüberstand, noch hinzu: „Sie werden doch wohl erlauben, daß ich mir die Reese nehme!" Dabei machte er eine Bewegung, als ob er sein Taschenluch aus der Tasche ziehen wolle. In Wirklichkeit aber zog er eine Pistole, schoß auf den Wirt und traf ihn so schwer, daß ihm die Waffe entfiel. Trotz der Verletzung jagte Oettinger doch noch den Einbrechern, die jetzt auf die Straße eilten. Hier erhielt er noch einen Schuß, so daß er besinnungslos zusammenbrach. Die Einbrecher entkamen unentdeckt.

Eine akademische Woche in Erfurt. Auf Anregung der Universität Halle wird voraussichtlich im März des nächsten Jahres eine akademische Woche in Erfurt stattfinden, bei der hallische Universitätsprofessoren Vorträge halten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221028016/fragment/page=0002